

schung, dass sich die Rektoren der Hochschulen, mit denen sie gesprochen habe, „mehr staatliche Leitplanken wünschen“.

Welche Eingriffe in die Hochschulautonomie plant die Landesregierung?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport

7 Abgeordneter
Marcel Hafke FDP

Wer darf an den vom Ministerium für Familie, Kinder und Jugend angesetzten Regional-konferenzen im Vorfeld der KiBiz-Evaluation teilnehmen?

Im Vorfeld der KiBiz-Evaluation sind vom Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport Regionalkonferenzen angesetzt worden. Insgesamt sollen fünf Regionalkonferenzen in den Regierungsbezirken stattfinden, von denen zwei wohl schon stattgefunden haben. Weder über die Termine, noch über die eingeladenen Teilnehmer hat das Ministerium den Landtag bisher informiert.

Es stellt sich daher nun die Frage, wen das Ministerium hierzu überhaupt eingeladen hat bzw. einladen wird.

Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales

8 Abgeordneter
Andreas Krautscheid CDU

Parteibuchwirtschaft auf Druck der Staatskanzlei?

Nach zahlreichen, nicht dementierten Presseberichten ist nach Intervention durch die Staatskanzlei die schon zugesagte Einstellung der bisherigen Pressesprecherin des Landesverbandes der Partei „Bündnis'90/Die Grünen Nordrhein-Westfalen“ als neue Pressesprecherin des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen gestoppt worden, da man – so Minister Schneider – "die Stelle so besetzen wird, dass es politisch passt"

Warum wurde die bereits erteilte Zusage gegenüber der Bewerberin nach Intervention durch die Staatskanzlei zurück genommen?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Kommunales

9 Abgeordneter
Horst Engel FDP

Inwieweit hat die Polizei für den Veranstaltungstag der Loveparade am 24. Juli 2010 eine sogenannte Vorrangschaltung für ihre Diensthandys vor 17 Uhr selbst veranlasst?

In der Sitzung des Innenausschusses vom 2. September 2010 wurde seitens des Innenministeriums zugesagt, die Fraktionen über den Fragekomplex „Hat die Polizei eine Vorrangschaltung vor 17 Uhr am Veranstaltungstag der Loveparade beantragt, und auf wessen Initiative wurde diese wann durch wen aktiviert?“ schriftlich im einzelnen zu informieren (vgl. Sitzungsniederschrift S. 57 unten). Dies ist bislang nicht erfolgt! Statt dessen mussten die Fraktionen kritische Presseberichte und unklare Äußerungen der Firma Vodafone in den Medien lesen, die der Nachfrage bedürfen. Es ist immer noch nicht hinreichend geklärt, wann, durch wen, für welche Telekommunikationsdienstleistungen, für welche Anzahl von Mobilfunkgeräten, bei welchen Anbietern auf welcher Rechtsgrundlage (etwa § 3 Telekommunikationssicherungsverordnung (TKSiV)) für den Polizeieinsatz anlässlich der Loveparade seitens der Polizei eine sogenannte Vorrangschaltung für den 24. Juli 2010 beantragt wurde. Ebenfalls ist noch nicht hinreichend geklärt, wann, auf wessen Initiative, durch wen, in welchem Umfang und aufgrund welcher Rechtsgrundlage, für welche Anzahl von Mobilfunkgeräten und für welche Telekommunikationsdienstleistungen dies durch die Firma Vodafone und gegebenenfalls durch andere Anbieter tatsächlich eingerichtet wurde.